

# NIH BRAU DA! PDA BERN

**DIE ROTE POST DER PDA BERN ★ NUMMER 1/2012 ★**

**Holcim im Kunstmuseum 1**

**MeaTulpa 3**

**RGM und die Spitzenverdiener bei den städtischen Angestellten 3**

**Abstimmungen vom 17. Juni 2012**

**NEIN zur Vorlage über die „Integrierte Versorgung“! 5**

**Die Siedlung Stöckacker Süd bleibt! Nein zur Vernichtung von günstigem Wohnraum in der Stadt! 7**

**Barbarei mit menschlichem Antlitz 8**

## **HOLCIM BEUTET AUS – DAS KUNSTMUSEUM STELLT AUS**

Die Partei der Arbeit (PdA) Bern solidarisiert sich mit den indischen LeiharbeiterInnen und ihrer Gewerkschaft. Die vom Holcim-Konzern verordneten Arbeits- und Lohnbedingungen stellen ein Beispiel imperialistischer Ausbeutung in Reinkultur dar. Dass dieser Schweizer transnationale Konzern auf sein Jubiläum hin in der Immigrations-Festung Schweiz als fortschrittlich gefeiert und seine «Unternehmens-Philosophie» als nachhaltig gepriesen wird, stellt der hiesigen politischen Kultur und der veröffentlichten Meinung wohl ein eindeutiges Zeugnis aus. Dass sich jedoch auch eine von Stadt und Kanton Bern hoch subventionierte Institution wie das Kunstmuseum sich nicht entblödet, in ihren Räumen das Firmenjubiläum mit firmeneigenen Auftragswerken abzufeiern: Das ist ein Schlag ins Gesicht der Berner Kunst- und Kulturszene – und



müsste von der Berner Kunst- und Kulturszene eigentlich auch als solcher empfunden werden. Aus diesem Grund hat die Partei (PdA) der Arbeit Bern im Berner Stadtparlament einen Vorstoss mit folgendem Wortlaut eingebracht:

Dringliche Interpellation Rolf Zbinden (Partei der Arbeit Bern): **Kunstmuseum feiert Konzern-Jubiläum: Sieht jetzt so das Kerngeschäft einer der fünf grossen subventionierten Berner Kulturinstitutionen aus?**

Dank der fantasievollen und schmerzhaften Intervention eines jungen Berner Künstlers ist eine breitere Öffentlichkeit auf das jüngste Ausstellungsprojekt des Kunstmuseums Bern aufmerksam geworden: «Industrious». Sollte es auch für gewisse Kreise unangenehm sein – in diesem Rahmen stellen sich nun einige grundsätzliche Fragen bezüglich der Verfügbarkeit von hoch subventionierten kulturellen Institutionen für Konzern-Propaganda.

In diesem aktuellen Zusammenhang steht nichts Geringeres als die politische und ökonomische Unabhängigkeit einer der grossen Berner Kulturinstitutionen auf dem Spiel. Die fragwürdige ästhetische Tendenz von «Planet Zement», wie sie auch im Feuilleton der Zeitung «Der Bund» diskutiert worden ist, stellt nur die eine Seite des Problems dar: Mit der Ästhetisierung von Herrschaft ist auch ein dreiviertel Jahrhundert nach Walter Benjamins Analyse nicht zu spassen. Indiskutabel ist jedoch für die Partei der Arbeit Bern erst recht der Umstand, dass das Kunstmuseum Bern als renommierte künstlerische Ausstellungs- und Vermittlungsstätte sich umstandslos in den Dienst eines Konzerns stellt, der im Sinne der Vergangenheitsbewältigung und der aktuellen Imagepflege sich nichts sehnlicher wünschen kann als die Kollaboration williger Helfer aus Kunst und Ausstellungsbetrieb.

Auf diesem aktuellen Hintergrund will die Partei der Arbeit Bern vom Berner Gemeinderat wissen:

1. Welchen Wert hat für den Gemeinderat die kulturelle Unabhängigkeit der grossen Berner Kulturinstitutionen?
2. Steht die aktuelle Kollaboration des Kunstmuseums Bern mit dem Jubiläumsprogramm eines Konzerns im Einklang mit den kulturellen Zielen einer subventionierten Berner Kulturinstitution?

3. Welche Auswirkungen hat die lukrative Gefälligkeit des Berner Kunstmuseums auf den Leistungsvertrag?

Die Partei der Arbeit Bern erwartet von der Kulturschaffenden dieser Stadt eine Haltung zu dieser Form käuflicher Kunst und zu den Aufgaben hoch subventionierter kultureller Institutionen. Kunst und Kunstmuseen als zynische PR-Instrumente imperialistischer Konzerne – das kann es nicht sein. Das kann nicht gut gehen. Und das können wir uns nicht gefallen lassen. Die Lebens-, Arbeits-, Lohn- und Ausbeutungsbedingungen der Holcim-LeiharbeiterInnen – dazu können wir nicht schwei-

Der Schweizer Zementkonzern Holcim zelebrierte kürzlich in Zürich-Oerlikon seine 100. Aktionärsversammlung. Zu diesem Firmenjubiläum ist ein kritisches Buch erschienen, welches im Detail dokumentiert, mit welchen Methoden Holcim auf verschiedenen Kontinenten expandiert. (Nähere Informationen sowie Angaben zu diesem Buch auf [www.mutiwatch.ch](http://www.mutiwatch.ch))

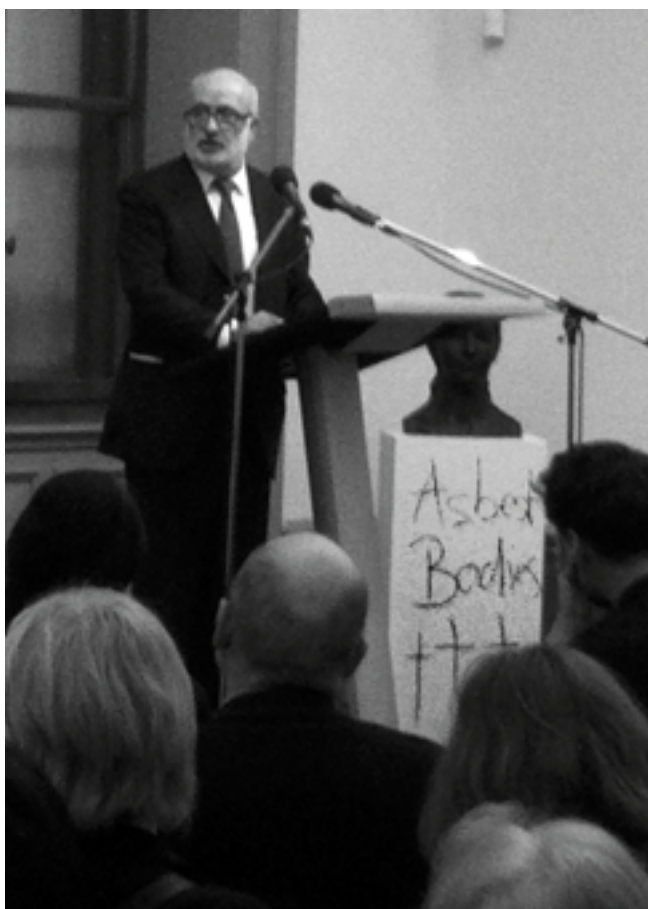
Zum Beispiel Holcim in Indien: Im Januar 2012 hat die indische Gewerkschaft der LeiharbeiterInnen (Pragatisheel Cement Shramik Sangh – PCSS) in der Schweiz eine Beschwerde gegen Holcim wegen Verletzung der international anerkannten Arbeitsnormen (gemäss OECD-Richtlinien) eingereicht.

„Der Hintergrund: Die Mehrheit der Beschäftigten bei der von Holcim kontrollierten Zementfirma ACC arbeitet zu Hungerlöhnen. Die Arbeiter verfügen, obwohl sie zum Teil seit Jahrzehnten bei ACC-Holcim arbeiten, nur über Leiharbeitsverträge und erhalten weniger als ein Drittel des Lohns von Festangestellten. Das widerspricht der indischen Gesetzgebung, wonach Leiharbeiter, welche die gleiche Arbeit ausführen wie Festangestellte, nicht weniger verdienen oder zu schlechteren Bedingungen arbeiten dürfen.“ Schon in zweiter Instanz ist Hocim wegen dieses Lohndumpings vom Obersten Gericht des indischen Bundesstaates Chhattisgarh verurteilt worden – doch Holcim ficht dieses Urteil wieder an, weil der Konzern weiss, dass bis zum Gerichtsurteil in nächster Instanz nochmals ein paar Jahre vergehen werden. (Quelle: [www.mutiwatch.ch](http://www.mutiwatch.ch) – zu Associated Cement Co. Ltd.)

gen. Die Partei der Arbeit Bern fordert daher die Kulturschaffenden und eine breite demokratische Öffentlichkeit dazu auf, ihren Protest vernehmbar zu machen. Das ist nicht bloss eine Frage des Stils. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und der Würde.

PdA Bern 18. 4. 2012

## EIN WEISSER SOCKEL MIT SCHWARZER AMIET- BÜSTE ALS MAHNMAL FÜR ASBESTOPFER



Auf einem weissen Sockel mit einer schwarzen Büste des Künstlers Cuno Amiet drauf wurde während der Holcim-Vernissage-Rede «Asbest Bodies» geschrieben. Die Holcim AG bildet bis 2003 mit der Asbest AG Eternit eine Firma. Die Eternit AG trägt die Verantwortung für die Asbestopfer. Deshalb wurde der weisse Sockel neben dem Rednerpult kurzerhand während der Holcim-Vernissage in ein Mahnmal umgeschrieben. Nach dieser Intervention wurde die Person, die auf die Asbestopfer aufmerksam machen wollten, von dem Photograph Marco Grob tötlich angegriffen.

Leider wird es oft nicht gutgeheissen, dass KünstlerInnen in dringenden Notfällen politische Präsenz markieren. Selbst dann nicht, wenn das Kunstmuseum für Grosskonzern-Propaganda instrumentalisiert wird und Ausbeutung darin Ästhetisierung erfährt. KünstlerInnen sollen nicht ernsthaft zum politischen Diskurs beitragen. Stattdessen gilt es sich nach wie vor mit der Maske des Hofnarren zu schmücken und für Stimmung inmitten von Champagnergläsern und belegten Brötchen zu sorgen. Gegen Champagner in geschlossener Gesellschaft ist nichts einzuwenden. Es ist jedoch dagegen etwas einzuwenden, wenn KünstlerInnen damit rechnen müssen, als Halbstarke, Verräter und Störenfriede abgestempelt zu werden, wenn sie gesellschaftspolitische Konflikte unverblümt, frech und ohne zu zögern sichtbar machen. Wenn Unrecht zu Recht wird, dürfen auch KünstlerInnen Widerstand leisten. Das konservative Zeitalter, in dem Kunst als gefesseltes, regungsloses, eingerahmtes und apolitisches Objekt gehandelt wird, muss endlich enden.

Kollektiv MeaTulpa

## RGM UND DIE SPITZENVERDIENER BEI DEN STÄDTISCHEN ANGESTELLTEN

### Verdienen die städtischen Kader zu wenig?

Da die stadtberner Bevölkerung im Jahr 2004 eine entsprechende Volksinitiative angenommen hat, gilt für die Löhne der städtischen Angestellten ein oberer Lohndeckel von 200'000 Fr. im Jahr. Seither erklingt nun ein Klage lied vom Berner Gemeinderat, diese «Beschränkung» verunmögliche es, die besten Spitzenkräfte anzustellen. (Dabei schwingt im Hintergrund sicher das Bedauern mit, dass auch die eigenen Gemeinderatslöhne vom Lohndeckel «beschränkt» bleiben.)

Die PdA kann sich diesem Klage lied überhaupt nicht anschliessen. Wir finden, dass in der öffentlichen Verwaltung andere Massstäbe gelten sollen, als sie in der kapitalistischen Privatwirtschaft gängig sind. Einerseits geniessen die städtischen Angestellten eine gewisse Anstellungssicherheit und akzeptable Arbeitsbedingungen, was wir richtig finden. Andererseits erwarten wir von Personen, die sich für eine Führungsposition im öffentlichen Dienst bewerben, dass nicht

	Löhne der Angestellten der Stadt Bern		Lohn GemeinderätInnen	Lohn Stadtpräsidium	Lohnschere
	Minimum:	Maximum:			
<b>Heutige Löhne</b>	46'437	223'119	224'594	225'000	1 : 4,85
<b>Antrag des Gemeinderates</b>	47'500	235'000	245'000	255'000	1 : 5,37

das Erzielen eines höchstmöglichen Lohnes ihr ausschlaggebendes Motiv ist. Wenn eine Kaderperson sich nicht anstellen lässt, weil ihr 200'000 Fr. im Jahr ein zu geringer Verdienst ist (ein Lohn, von dem die meisten «normalen» Leute nur zu träumen wagen!) – ja nun, dann wäre diese Person wohl auch nicht die ideale Wahl für die Stadt Bern.

**Die PdA kämpft seit Jahren für eine maximale Lohnschere**

Um solchen Begehrlichkeiten der städtischen Spitzenverdiener einen Riegel zu schieben, gibt es ein probates Mittel: die Festsetzung einer maximalen Lohnschere. Daher hat PdA-Stadtrat Rolf Zbinden schon im Mai 2009 mit einer Motion verlangt, das städtische Lohnreglement sei so anzupassen, dass der minimale Grundlohn mindestens einen Drittel des maximalen Grundlohns beträgt (Lohnschere eins zu drei).

**Der Gemeinderat und der Markt**

Bemerkenswert sind die Argumente, mit denen die stadtberner Regierung sich gegen diesen Vorstoss wandte: namentlich bei vielen höheren Funktionen sei die Konkurrenzfähigkeit der Stadt nicht mehr gewährleistet, hier gebe es «erhebliche negative Abweichungen von den Marktlöhnen». Bei den unteren Lohnklassen hingegen lägen die Löhne im Durchschnitt 2,5 % über den Marktlöhnen – deshalb «besteht aus Sicht des Gemeinderats kein Handlungsbedarf, das Verhältnis der städtischen Minimal- und Maximallöhne zu verkleinern.»

Im Stadtrat wurde die Motion leider nur von einzelnen links-grünen ParlamentarierInnen unterstützt. Die bürgerlichen Parteien waren natürlich gegen

den Vorstoss. Aber auch die Fraktionen von SP, GB und GFL fanden, die Forderung von 1 : 3 gehe zu weit, und die wirklich störenden Verhältnisse lägen sowieso im Bereich der Privatwirtschaft, und dort habe der Stadtrat ja keine Einflussmöglichkeit...

**Auch die Minimalforderung führt plötzlich zu enormen Mehrkosten...**

Danach hat PdA-Stadtrat Rolf Zbinden 2 Jahre später in einer anderen Motion die Minimalforderung gestellt, auf jeden Fall dürfe die gegenwärtig bestehende Lohnschere von 1 : 4,8 nicht noch weiter vergrößert werden.

Was meinte nun der sozialdemokratisch-grün dominierte Gemeinderat zu dieser wahrlich bescheidenen Forderung?

Weil ja geplant sei, die Spitzenlöhne in der Verwaltung deutlich hinaufzusetzen, würde die Beibehaltung des bestehenden Verhältnisses von 1 : 4,8 eine Erhöhung auch bei den unteren Lohnklassen notwendig machen. «Erstens führt die Erhöhung der tiefsten Löhne zu einer weiteren Verzerrung der Marktsituation. Bereits heute zahlt die Stadt im Quervergleich im untersten Lohnbereich sehr gute Löhne.» «Zweitens hätte die Änderung ... enorme Mehrkosten zu Folge» – deshalb sei auch diese Motion abzulehnen (aus dem Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat).

Im Parlament folgten SP, GFL, GLP und FDP dem Gemeinderat und stimmten nein. Unterstützt wurde der Vorstoss vom GB und erstaunlicherweise auch von der SVP – aber diese Stimmen reichten nicht für eine Mehrheit. Das war im Herbst 2011.

**Das Lobbying für die Spitzenverdiener zeitigt erste Resultate**

Das Stadtparlament mochte sich also nicht auf eine begrenzte Lohnschere festlegen. Dies hatte sicher damit zu tun, dass schon seit längerem hinter den Kulissen eifrig lobbyiert wurde, um den Lohndeckel aufzusprengen und die städtischen Spitzenlöhne anzuheben (siehe Anfang des Artikels!). Der Stadtrat hiess schliesslich einen interfraktionellen Vorstoss gut, das ganze Lohnsystem der städtischen Angestellten sei «neu zu überdenken».

In der Folge präsentiert die Stadtregierung im Februar 2012 an einer Pressekonferenz ihren Antrag für eine Teilrevision des Personalreglementes. Nach den Vorstellungen des Gemeinderates sollten die Spitzenlöhne in der Verwaltung um 11'880 Fr. pro Jahr steigen; die GemeinderätInnen sollten 20'400 Fr. und der Stadtpräsident gar 30'000 Fr. mehr verdienen. Die tiefsten Löhne der städtischen Angestellten hingegen sollten nur um 1'063 Fr. zunehmen – das macht mickrige 80 Franken im Monat!

### **Eine überraschende Kehrtwendung**

An der Stadtratssitzung Mitte März 2012 wird die Teilrevision des Personalreglementes debattiert.

Rolf Zbinden verlangt Rückweisung mit dem Antrag, der Gemeinderat solle eine Teilrevision erarbeiten, welche die Lohnschere nicht erweitert, sondern auf maximal 1 : 4 festlegt. Dieser Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

Stattdessen werden «eher überraschend» («Der Bund») zwei Änderungsanträge der GB-JA-Fraktion mit den Stimmen der SP-Fraktion angenommen: es sei ein Mindestlohn von 4'000 Fr. (inkl. 13. Monatslohn) vorzusehen und die Löhne von Gemeinderat und Stadtpräsidium sollten 102% bzw. 104% des höchsten Kaderlohns betragen.

Pikant an diesen Änderungen ist folgender Umstand: Das Parlament hat damit vorgegeben, dass die heute bestehende Lohnschere von 1 : 4,8 mehr oder weniger unverändert bleibt. Vor einem halben Jahr hat der Stadtrat doch genau diese Forderung, die Rolf Zbinden in seiner zweiten Motion gestellt hat, abgelehnt (siehe weiter oben). Jetzt ist plötzlich nicht mehr die Rede von riesigen Mehrkosten, welche durch die Anhebung der Mindestlöhne entstanden (und auch nicht mehr davon, dass die Mindestlöhne im Marktvergleich sowieso schon zu hoch seien...)

### **Und die Moral von der langen Geschichte**

Was hat nun zum Meinungsumschwung der SP-Fraktion geführt? Hat RGM vor den städtischen Wahlen wohl plötzlich kalte Füsse bekommen?

(Eine Parallele kann hier erhellend sein: Vor wenigen Wochen präsentierte der sozialdemokratisch-grün dominierte Regierungsrat des Kantons Bern ein Projekt, welches eine happige Lohnerhöhung für die Mitglieder der kantonalen Regierung vorsah. Die unmittelbar folgenden Reaktionen in der Öffentlichkeit waren derart unwirsch, dass der Regierungsrat – wohl erkennend, wie der Wind weht – die Vorlage in aller Eile wieder zurückzog.)

Das Thema der Angestellten-Löhne in der Stadt Bern ist aber noch nicht definitiv entschieden. Der Gemeinderat muss nun eine veränderte Vorlage für die 2. Lesung im Parlament vorbereiten. Wer weiss, ob das Geschäft vorerst nicht mal auf die lange Bank gelegt wird...

Das Dumme ist bloss, dass nicht jedes Jahr städtische Wahlen anstehen. Aber vielleicht wählt die geneigte Leserin, der geneigte Leser ja in diesem Herbst eine Partei, die sich nicht erst kurz vor den Wahlen auf die Interessen der Leute besinnt, die nicht zu den Spitzenverdienern gehören.

Thomas Peter

---

Eidgenössische Abstimmung vom 17. Juni 2012

### **NEIN ZUR VORLAGE ÜBER DIE «INTEGRIERTE VERSORGUNG»!**

**Warum wir zwar grundsätzlich Managed Care befürworten, aber am 17. Juni trotzdem NEIN sagen werden!**

Am 17. Juni 2012 wird eine Vorlage zur Abstimmung kommen, an welcher seit 2004 herumgedoktert wird. Die Vorlage hat bereits drei Bundesräte (Couchepin FDP, Burkhalter FDP, Berset SP) beschäftigt und unzählige Versionen und Änderungen erlitten. Aber was lange währt, muss nicht immer besser werden, im Gegenteil. Die vorgeschlagene Gesetzesrevision ist die falsche Antwort auf einige brennenden Fragen. Das jahrelange Seilziehen zwischen den verschiedenen Interessengruppen und zwischen National- und Ständerat hat einen für

uns unannehmbaren Scheinkompromiss ergeben, der sich eindeutig zu Lasten der Patientinnen und Patienten sowie der im Gesundheitswesen Arbeitenden auswirken würde.

### Was ist die Grundidee von Managed Care?

Man spricht auch etwa von «integrierter Versorgung» oder «Ärztetzwerken»<sup>1</sup>. Die Grundidee ist, dass die gesamte Behandlung, also Diagnose, Therapie, Nachbehandlung und Betreuung aus einer Hand kommt, also zentral koordiniert, begleitet und überwacht wird. Dieser Koordinator kann der Hausarzt sein, muss aber nicht. Er zieht wenn nötig Spezialärzte zu, organisiert die Einweisung ins Spital, in die Rehaklinik, ins Pflegeheim. Das kann aus Sicht der Patienten Vorteile bringen, wenn diese Koordination gut funktioniert und wenn die Rechte der Patientinnen und Patienten auf Selbstbestimmung strikte eingehalten werden. So weit ist dagegen nichts einzuwenden, teilweise funktioniert das ja schon bisher recht gut.

### Vier brennende Fragen

Niemand bezweifelt, dass das Krankenversicherungsgesetz von 1994, das seit 1996 in Kraft ist, dringend revidiert werden muss. Es sind hauptsächlich folgende Fragen, welche sich gesundheitspolitisch heute stellen:

- Wie kann verhindert werden, dass die Krankenkassenprämien von Jahr zu Jahr weiterhin so rasant ansteigen? (Seit 1999 sind die Prämien für die Grundversicherung bis 2011 um 77 % angestiegen!<sup>2</sup> Eine Prognose eines Krankenversicherungsmaklers sieht einen durchschnittlichen Anstieg der Prämien für 2012 von 2.2 % vor.)
- Wie kann der Anteil der privaten Gesundheitsausgaben an den Gesamtausgaben für die Gesundheit weiter reduziert werden?
- Wie kann das zutiefst unsoziale System der Kopfprämien und Selbstbehalte verändert werden?<sup>3</sup>
- Wie kann der zunehmenden Unübersichtlichkeit, der mangelnden Koordination und der Zerstückelung der Behandlungswege in der Gesundheitsversorgung Einhalt geboten werden?

### Skandalöser Etikettenschwindel

Bundesrat und Parlament behaupten, die zur Abstimmung vorgelegte Gesetzesvorlage bringe die

richtigen Antworten auf diese Fragen. Wir sagen, dass das so nicht stimmt. Es wird im Gegenteil auf skandalöse Art Etikettenschwindel betrieben.

- Die Gesetzesänderung würde keine echten Einsparungen bringen. An den wirklich kostentreibenden Ausgabeposten (Überteuerte Medikamente, Superlöhne für einzelne Chefärzte, Spitaldirektoren, Krankenkassenfunktionäre, Extraprofite für viele frei praktizierende Spezialärzte, zunehmende Verschreibung unnötiger Diagnosen und unwirksamer Behandlungen, Mehrfachuntersuchungen) würde gar nichts verändert.
- Die Gesetzesänderung würde nur Umlagerungen der Kosten zulasten der Patientinnen und Patienten bewirken! Der Anteil der privaten Gesundheitsausgaben würde ansteigen.
- An den unsozialen Kopfprämien würde gar nichts geändert. Die Selbstbehalte würden teilweise gar erhöht (nämlich für Leute, die sich nicht einem Netzwerk anschliessen wollen, sondern auf der «freien Arztwahl» bestehen).
- Die so genannte «integrierte Versorgung», also die Managed Care, gibt es schon seit 1996 als Möglichkeit für Krankenversicherte. Nur wurde diese Alternative viel zu wenig genutzt. Die Gesetzesänderung sieht vor, Anreize zu schaffen, um diese Modelle für Versicherte zu vergünstigen. Aber die vorgeschlagene Lösung ist unseres Erachtens zu wenig konsequent. Wenn die integrierte Versorgung der richtige Weg ist, wäre es doch konsequent, die gesamte Gesundheitsversorgung entsprechend umzubauen. Warum soll in der Schweiz auch künftig zweigleisig gefahren werden? «Freie Arztwahl» für die Reichen und Superreichen, Managed Care für alle anderen? Dagegen erheben wir Einspruch!

(mr)

1.) So genannte «Ärztetzwerke» sind uns zu wenig. Gute Qualität in der Diagnose, Behandlung und Betreuung hängt nicht von den Ärztinnen und Ärzten allein ab.

2.) Quelle: Bundesamt für Statistik, Krankenversicherungsprämienindex

3.) In der Schweiz ist der Anteil der privaten Gesundheitsausgaben an den gesamten Gesundheitsausgaben («out-of-pocket») vergleichsweise hoch, nämlich 30 %. In Italien beträgt dieser Anteil nur 20 %, in Österreich 15 %, in Deutschland 13 %, in Grossbritannien 11 %, in Frankreich 7 % und in den Niederlanden gar nur 6 % (Quelle: Bericht BSS, OBSAN Dossier 17, Neuchâtel November 2011). Das liegt vor allem daran, dass wir in der Schweiz die Zahnbehandlungen, viele Präventionsleistungen und grosse Teile der Kosten für die Langzeitpflege selber bezahlen müssen.

\* Die so genannte «freie Arztwahl» hat mit der heutigen Wirklichkeit in der Schweiz nicht mehr viel zu tun und ist für die überwiegende Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz folglich ein Scheinargument.





## **DIE SIEDLUNG STÖCKACKER SÜD BLEIBT! NEIN ZUR VERNICHTUNG VON GÜNSTIGEM WOHNRAUM IN DER STADT!**

Am 17. Juni:

Nein zur Überbauungsordnung Stöckacker Süd!

Die «Überbauungsordnung Stöckacker Süd», über die am 17. Juni 2012 abgestimmt wird, ist die Basis für ein städtebauliches Konzept, das in dieser Form unweigerlich zu einem weiteren Verlust von günstigem Wohnraum in der Stadt Bern führen wird. Dazu kann die Partei der Arbeit Bern nicht Hand bieten. Wir sehen darin auch einen Verstoss gegen die Zielsetzung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik der Gemeinde Bern, die im Artikel 1 u.a. festhält:

«Die Gemeinde (...) fördert insbesondere den gemeinnützigen Wohnungsbau, sorgt für die Erhaltung von preisgünstiger Bausubstanz (...).»

Die Werbebotschaft zum «Pionierprojekt» Stöckacker Süd zeichnet sich durch soziale Unverbindlichkeit aus, mit den vielen schönen Worten können sich Bürgerinnen und Bürger, die auf günstige Mieten angewiesen sind, in der Stadt Bern nichts kaufen.

Zum wievielten Mal wird denn nun schon das schmeichlerische Lied auf die «soziale Durchmischung» angestimmt? Dann muss wohl zum wiederholten Mal auch auf den Einbahncharakter dieser Durchmischung hingewiesen werden: In Wohngebieten mit traditionell günstigem Wohnraum stossen höhere Einkommensklassen vor, während in teureren und gehobeneren Quartieren das Bedürfnis nach Durchmischung sich bescheiden im Zaum hält. Das Resultat ist unübersehbar: Mieterinnen und Mieter mit kleinem Budget werden aus Wohnungen und Quartieren vertrieben, in denen sie sich heimisch fühlen. Auch das ist eine Frage der «Nachhaltigkeit». Oder ganz banal gefragt: Wer gehört in die Stadt? Wem gehört die Stadt?

Die offensichtliche Begeisterung für «eine zeitgemässe Siedlung von hoher architektonischer Qualität» und ein urbanes «Pionierprojekt hinsichtlich ökologischer und nachhaltiger Standards» in allen Ehren – aber Stöckacker Süd ist kein Acker und auch keine Kolonie von Familiengärten. Hier leben Menschen. Und mögen die Wohnungen auch nicht dem entsprechen, was Durchmischungstechniker unter «modernen Wohnbedürfnissen» verstehen, so scheint es bisher dafür doch eine Nachfrage zu geben.



Für die Partei der Arbeit Bern hat die Erhaltung günstiger Wohnungen und die Ausweitung des Angebots oberste Priorität. Wir wehren uns gegen die Verdrängung von Menschen mit schmalen Portemonnaie aus städtischen Quartieren. Wir setzen auf ökologische Lösungen und verdichtetes Bauen, allerdings nicht als Trojanisches Pferd der Gentrifizierung.

Im Interesse einer sozialen Wohnstadt Bern und auch in Übereinstimmung mit der sozialen Zielsetzung des Wohnbaufonds der Gemeinde Bern muss die «Überbauungsordnung Stöckacker Süd» am 17. Juni 2012 an der Urne zurückgewiesen werden. Das ist der nächste und notwendige Schritt im Kampf für eine sanfte Renovation der bestehenden Siedlung, welche den Erhalt von sämtlichen preisgünstigen Wohnungen ermöglicht.

Rolf Zbinden, Stadtrat Partei der Arbeit (PdA) Bern

#### Impressum:

PdA Partei der Arbeit Bern  
Quartiergasse 17, Postfach 7501, 3001 Bern  
www.pdabern.ch mail@pdabern.ch  
Kontonummer 30-26786-9

Das Wort zum 1. Mai:

#### BARBAREI MIT MENSCHLICHEM ANTLITZ

« Robert Brasillach, der sich selbst als «moderaten» Antisemiten verstand, erfand 1938 die Formel des «vernünftigen Antisemitismus» und erklärte dazu: «Wir wollen niemanden umbringen, wir wollen keine Pogrome organisieren. Aber wir glauben auch, dass der beste Weg zur Verhinderung der stets unvorhersehbaren Aktionen eines instinktmässigen Antisemitismus in der Einrichtung eines vernünftigen Antisemitismus besteht.» Finden wir dieselbe Haltung nicht auch in der Art und Weise wieder, wie unsere Regierungen mit der «Bedrohung durch Einwanderer» umgehen? Die Brasillachs von heute, darunter sogar einige Sozialdemokraten, erzählen uns: «Wir wollen niemanden umbringen, wir wollen keine Pogrome organisieren. Aber wir glauben auch, dass der beste Weg zur Verhinderung der stets unvorhersehbaren gewaltsamen Abwehrmassnahmen gegen Einwanderer in der Einrichtung eines vernünftigen Anti-Einwanderer-Schutzes besteht.» Hier sehen wir deutlich den Übergang von der direkten Barbarei zur Barbarei à la... »

Slavoj Žižek: Die bösen Geister des himmlischen Bereichs. Der linke Kampf um das 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2011, S. 253 f.